

Stand: 27.04.2024 08:30:47

Initiativen auf der Tagesordnung der 7. Sitzung des BV

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/661 vom 12.03.2024
2. Initiativdrucksache 19/672 vom 13.03.2024
3. Initiativdrucksache 19/675 vom 14.03.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Holger Griebhammer, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Ja zur Stadt-Umland-Bahn – Klimafreundliche öffentliche Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft der Metropolregion Nürnberg!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zum Bau der Stadt-Umland-Bahn und damit zu einem wichtigen Zukunftsprojekt für den öffentlichen Verkehr und die Infrastruktur der Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach sowie die Landkreise Erlangen-Höchstadt und Forchheim.

Der Landtag steht hinter der Finanzierungszusage des Freistaates für die Stadt-Umland-Bahn.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für die schnelle Umsetzung des Infrastrukturprojekts einzusetzen und damit eine verlässliche Grundlage für die weitere Entwicklung von Unternehmen wie Siemens, Adidas, Puma und Schaeffler als auch der Friedrich-Alexander-Universität zu sichern.

Begründung:

Mit einem Nutzen-Kosten-Indikator von 2,2 (nach der Änderung der standardisierten Bewertung durch den Bund) sowie einer zugesagten Übernahme von weit mehr als der Hälfte der Kosten durch Bund und Freistaat ist die Stadt-Umland-Bahn (StUB) eines der effizientesten und lukrativsten Neubauprojekte in ganz Deutschland und hat Vorbildcharakter. Der geplante 10-Minuten-Takt mit Verdichtungen im Berufsverkehr schafft eine bequeme und klimaschonende Alternative zur überlasteten A 73 und A 3. Es ist davon auszugehen, dass viele Autofahrerinnen und Autofahrer auf die StUB umsteigen werden. Mit dem Bau der StUB sollen über 500 Mio. Euro an Fördermitteln in die Region Mittelfranken fließen.

Seitdem 2013 in der Staatskanzlei eine Willenserklärung für den Bau der StUB unterzeichnet wurde und 2016 ein Bürgerentscheid klar zugunsten der StUB ausfiel, bemühen sich öffentliche und unternehmerische Hände, das Projekt zu realisieren. Siemens hat eine Milliarde Euro in seinen Standort Erlangen investiert. Am neuen „Siemens-Campus“, quasi ein neuer Stadtteil im Süden der Stadt, werden zukünftig 20 000 Menschen arbeiten. Diese Investition war an die Zusage der Staatsregierung, die StUB umsetzen zu wollen, gekoppelt (die SZ berichtete am 10.03.2024). Auch öffentliche Gelder wurden bereits in großer Höhe investiert. Nicht nur ein zweistelliger Millionenbetrag für die Projektplanung. Die Stadt Nürnberg hat den Anschluss ihrer Straßenbahn an die zukünftige StUB bereits erfolgreich umgesetzt. Sie hat ihre Straßenbahn nordwärts verlängert und erwartet zeitnah einen Anschluss nach Erlangen. Die Landkreise Erlangen-Höchstadt und Forchheim planen zudem eine Anbindung an die StUB aus östlicher

Richtung, um mehrere 10 000 Bürgerinnen und Bürger an den Stadtverkehr der Frankenmetropole anzuschließen. Die Standorte der Friedrich-Alexander-Universität werden durch die StUB verbunden und damit auch der Wissenschaftsstandort massiv gestärkt. In Herzogenaurach sind es wiederum die Weltkonzerne Adidas, Puma und Schaeffler, die angebunden werden.

Die öffentliche Infrastruktur und ihr Ausbau ist das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sowie der Schlüssel zum sozial-ökologischen Umbau Bayerns, den der Klimawandel notwendig macht. Die Staatsregierung und die im Landtag vertretenen Parteien müssen alles tun, damit der am 9. Juni 2024 stattfindende Bürgerentscheid klar für das Projekt ausgeht. Ein Nein beim Bürgerentscheid gefährdet den Wirtschaftsstandort Mittelfranken sowie die Verkehrswende in dieser Region. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Politik im Freistaat klar zu diesem bedeutenden Infrastrukturprojekt bekennt und die Staatsregierung alles unternimmt, damit die StUB möglichst schnell realisiert wird.



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger, Verena Osgyan, Dr. Sabine Weigand, Martin Stümpfig, Barbara Fuchs, Dr. Markus Bächler** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Rückgrat für die Region, Wissenschaft und Wirtschaft – Bedeutung der Stadt-Umland-Bahn (StUB) für Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den Stand der Planungen zur Stadt-Umland-Bahn (StUB) und die Bedeutung für die Region zu berichten. Dabei sollen u. a. Erlangen, Nürnberg und Herzogenaurach als beteiligte Städte, die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und die Siemens AG einbezogen werden.

Insbesondere soll dabei auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Wie wird die Bedeutung der StUB für die FAU und den Wissenschaftsstandort beurteilt?
- Wie würde sich die StUB bei Realisierung, aber auch beim Scheitern auf bereits getroffene Standortentscheidungen der FAU auswirken?
- Wie wird die Bedeutung der StUB für den Wirtschaftsstandort allgemein und den Siemens-Campus speziell beurteilt?
- Welche Bedeutung kommt aus Sicht der Staatsregierung der Grundsatzerklärung, die die Staatsregierung 2013 mit der Siemens AG geschlossen hat und auf deren Grundlage die Siemens AG massive Investitionen in die Region, namentlich in den Siemens-Campus, getätigt hat, zu?
- Wie schätzt die Staatsregierung die Bedeutung der StUB als weiteres leistungsfähiges Rückgrat für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Metropolregion Nürnberg ein?
- Welche Vorteile für die Region und den ÖPNV in der Region wollen die beteiligten Städte und die Staatsregierung mit der StUB erzielen?
- Wie wird sich der ÖPNV für die Menschen in der Region verbessern?

Begründung:

Mit der StUB planen die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach das derzeit größte Straßenbahnprojekt in Deutschland. Durch eine starke Schiene als Rückgrat eines leistungsfähigen ÖPNV sollen die Städte, ihre Menschen, aber auch der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort der Region näher zusammenrücken. Als nachhaltiges und effizientes Verkehrsmittel bietet die Stadt-Umland-Bahn die wichtige Verbindung zwischen den Universitätsstandorten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), den großen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern aber auch kleine-

ren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in der Region und den Wohnorten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Studierenden. Mit der Siemens AG gab es seitens der Staatsregierung sogar bereits 2013 eine gemeinsame Grundsatzerklärung für die StUB, auf die massiven Investitionen in die Region folgten, die zentral von der StUB angebunden werden soll.

Auch für umweltfreundliche, zuverlässige und nutzerfreundliche Mobilität ist die StUB ein entscheidender Baustein für die Region. Die Vorteile einer StUB adressieren zudem wichtige politische Ziele des Freistaats: Die Bahn für alle garantiert weitgehende Barrierefreiheit. Zudem werden bei der geplanten Streckenführung 47 Mio. PKW-Kilometer auf den ÖPNV verlagert, sodass die StUB ein Schlüsselprojekt für die Verkehrswende und den Klimaschutz in der gesamten Region darstellt. Die StUB ist das wichtigste Projekt für nachhaltige Mobilität in der Region. Die beteiligten Städte, die FAU, viele Unternehmen und die Menschen setzen auf die Realisierung der StUB.



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Perspektiven für die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in Bayern aufzeigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr über den aktuellen Sachstand bei der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in Bayern zu berichten. Dabei sollen auch die Reaktivierungskriterien kritisch betrachtet werden.

Begründung:

Bayernweit sind etliche Streckenreaktivierungen in Vorbereitung. So ist Ende 2024 die Reaktivierung der nördlichen Hesselbergbahn Wassertrüdingen – Gunzenhausen geplant. Seit der letzten umfassenden Information des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr in einem Fachgespräch vor über drei Jahren haben sich etliche Projekte erheblich weiterentwickelt. Daher ist ein Bericht zum aktuellen Sachstand erforderlich.